



Eigenständigkeit oder Eingemeindung?

Zur Stimmungslage in den ländlichen Regionen Mitteldeutschlands

Juliane Stückrad

Zwischen 2004 und 2007 führte ich im Elbe-Elster-Kreis ethnologische Feldforschungen durch, um die Kultur des Unmuts in jener als strukturschwach bezeichneten Region im Süden Brandenburgs zu erkunden.¹ Ein Thema, das im Unmut der Menschen im Elbe-Elster-Kreis häufig zur Sprache kam, waren Kreis- und Gemeindegebietsreformen. Daher war ich als Ethnologin aufgefordert, mich eingehender mit Fragen der Verwaltung zu beschäftigen. Was auf den ersten Blick etwas trocken wirkte, barg dann allerdings reichlich Zugänge zu Vorstellungen lokaler und regionaler Identitäten

und deren Bedeutung angesichts des gesellschaftlichen Wandels. Die teilweise starken Auswirkungen dieser formalen, verwaltungsrechtlich und finanziell scheinbar vernünftigen Zusammenschlüsse auf individuelles und gruppenabhängiges Handeln und letztlich auf die Kultur wurden dabei offenbar. Während anschließender Forschungsprojekte begegnete ich immer wieder in verschiedenen Zusammenhängen dieser Problematik. An einigen Fallbeispielen werden im Folgenden die kulturellen Dimensionen von Verwaltungsentscheidungen skizziert.

Bad Liebenwerda wurde 1990 gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit, die zu Sachsen wollte, dem Land Brandenburg angegliedert. Bis heute sind die Identitätskonflikte im Elbe-Elster-Kreis in Brandenburg nicht gelöst.

© Wikimedia, SchiDD

¹ Die Forschungsdaten flossen in die Dissertation am Bereich Volkskunde/Empirische Kulturwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena ein. Vgl. Juliane Stückrad: „Ich schimpfe nicht, ich sagte nur die Wahrheit.“ Eine Ethnographie des Unmuts am Beispiel der Bewohner des Elbe-Elster-Kreises/Brandenburg, Kiel 2010.

- 2 Regina Bormann: Raum, Zeit, Identität. Sozialtheoretische Verortungen kultureller Prozesse, Opladen 2001, S. 238.
- 3 Stückrad 2010 (wie Anm. 1), S. 137-138.
- 4 Juliane Stückrad: Region als Streitfall – Unmut im Süden Brandenburgs, in: Anita Bagus (Hrsg.): Erfahrung kultureller Räume im Wandel. Transformationsprozesse in ostdeutschen und osteuropäischen Regionen. SFB 580 Mitteilungen, Heft 42, Jena 2012, S. 88-98, hier S. 91.
- 5 Lorenz Friedrich Beck: Das vergessene Kurfürstentum. Die herzoglichen Askanier und ihr Territorium zwischen Fläming, unterer Mulde und Schwarzer Elster, in: Cornelia Kessler (Hrsg.): Die frühen Askanier. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenzen zur politischen und territorialen Herrschaftsgeschichte sowie den sozialen und kulturhistorischen Aspekten der frühen Askanierzeit in Aschersleben/Ballenstedt/Bernburg, Halle 2003, S. 72-89, hier S. 72.
- 6 Stückrad 2010 (wie Anm. 1), S. 136-137; Werner Künzel/Werner Rellecke (Hrsg.): Geschichte der deutschen Länder. Entwicklung und Tradition vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Münster 2005, S. 148-149; Juliane Stückrad: „Musspreußen“ im Elbe-Elster-Kreis. Identitätsdebatten und Gebietsregelungen nach 1815, in: Konrad Breitenborn/Kathrin Pöge-Alder (Hrsg.): 1815-2015. 200 Jahre Preußische Provinz Sachsen, Halle 2018, S. 50-65.

Fallbeispiel 1: Elbe-Elster-Kreis

Einen nicht unwesentlichen Teil der Transformation der Region zwischen Elbe und Elster machten die Veränderungen in den Verwaltungsstrukturen aus, denn sie beeinflussten die Suche nach einer regionalen Identität. Die ausgeprägte emotionale Bindung an eine Region, so der regionalpolitische Wunsch nach der Wiedervereinigung, sollte die Zumutungen der Transformation besser abfangen. Zusätzlich erhofft man von einem erfolgreichen „Identitätsmanagement“ mit einem ausgeprägten Regionalbewusstsein, einen „weichen Standortfaktor“ zu schaffen, um auch in der Globalisierung bestehen zu können.² Diese regionale Identität fehlt aber im Elbe-Elster-Kreis, wie mir viele meiner Gesprächspartner während der Feldforschung erklärten. Das wird durchaus als Mangel empfunden. Die Zugehörigkeitsgefühle der Bewohner spiegeln sich nicht wirklich in den Verwaltungsräumen wider. Der heutige Elbe-Elster-Kreis existiert seit 1993. Er setzt sich aus den Altkreisen Bad Liebenwerda, Herzberg und Finsterwalde zusammen. Diese Kreise gehörten zum 1952 gebildeten Bezirk Cottbus. Die erste Enttäuschung erlebten viele historisch und politisch aufgeschlossene Akteure 1990 angesichts der Gründung der Bundesländer. Drei Jahre später provozierte die Kreisgebietsreform heftigen Streit. Im Jahr 2000 wurden die lokalen Identitäten durch die Gemeindegebietsreform herausgefordert. Wenn ähnliche Konflikte auch aus den alten Bundesländern bekannt sind, ist es wichtig zu unterscheiden, dass all diese Veränderungen in den Verwaltungsstrukturen in Ostdeutschland von den Einwohnern als Teil der Transformation – als Anpassung an westdeutsche Bedingungen – wahrgenommen werden. Sie gelten für viele Kritiker als weiterer Beleg für die Bevormundung der Bürger durch ein System, das nicht ihres ist.

Beginnen wir mit der Gründung der Bundesländer im Sommer 1990 – noch existierte die DDR mit der Volkskammer. Der Kreistag des Kreises Bad Liebenwerda hatte über die Zugehörigkeit zu den Bundesländern Sachsen, Brandenburg oder Sachsen-Anhalt zu entscheiden. Um den Bürgerwillen berücksichtigen zu können, wurde eine Bürgerbefragung durchgeführt. 53 Prozent der Befragten stimmten für eine Länderzugehörigkeit zu Sachsen, 25,5 Prozent für Brandenburg und 21,35 Prozent für Sachsen-Anhalt. Der Kreistag entschied sich dennoch für eine Zugehörigkeit zu Brandenburg. Der Landrat informierte in einem Schreiben die Volkskammer zu den Folgen dieser Entscheidung: „Wir

versichern Ihnen, daß die Abgeordneten [...] in einer längeren psychischen Konfliktbewältigung in freier Entscheidung sich zu dem [...] Ergebnis durchgerungen haben. In den Jahren der Zugehörigkeit zum Bezirk Cottbus haben sich die Verwaltungs- und Handelsstrukturen derart gefestigt, daß sie ohne spürbare Folgen nicht zu lösen sind. Soziale Unsicherheiten, Zukunftsängste, die Nähe zum Kulturzentrum Dresden, die Suggestierung einer kurzfristig entstehenden mittelständigen Industrie in Sachsen führten zu einer emotionalen Zuwendung für das Land in den angrenzenden Randgebieten. Der Widerspruch zwischen der Bürgerbefragung und der analytisch-sachlichen Entscheidung der Kreistagsabgeordneten führte zu einer sensibilisierten Protesthaltung einiger Einwohner. [...] Die ‚Allianz für Sachsen‘ steigert nun bewusst diese emotional begründete Protesthaltung mit undifferenzierten demographisch historischen Begriffen (‚unser Sachsenland‘) und übertriebener Darstellung der existierenden Bindung an die Nachbarkreise Riesa und Großenhain. [...] Persönliche Angriffe und lautstarke unsachliche Äußerungen führten zu keinem Meinungsaustausch und endeten mit Drohungen den Kreis zu zerstückeln und Straßen abzusperren.“³

Man entschied sich also bewusst, den verwaltungsstrukturellen Vorgaben der DDR zu folgen und wendete sich von den älteren territorialhistorischen Traditionen ab, die von den Demonstranten angeführt wurden. Die Kreistagsabgeordneten erhofften sich mehr Orientierungshilfe im Rückgriff auf die seit 40 Jahren gewohnten DDR-Strukturen.⁴ Die Emotionen für Sachsen sind nicht nur in der Orientierung am wirtschaftlich und kulturell attraktiveren Nachbarn in der Zeit seit 1990 zu suchen, wie es der Landrat in seinem Schreiben an die Volkskammer erklärte. Die Altkreise Liebenwerda und Herzberg gehörten einst zum sächsischen Kurkreis, der 1815 an Preußen fiel.⁵ 1952 wurde dieses geschlossene Territorium durch die Gründung der Bezirke zerrissen.⁶ Über das Verhältnis zur Landesregierung in Potsdam erfuhr ich vom Pressesprecher des Elbe-Elster-Kreises: „Für Potsdam spielt der Kreis kaum eine Rolle.“ Auch eine Mitarbeiterin der Gesellschaft für regionale Wirtschaftsförderung in Herzberg sagte: „Für Potsdam sind wir ganz weit weg.“ Somit lebt man im Altkreis Bad Liebenwerda und teilweise auch im Altkreis Herzberg mit einer an Sachsen orientierten Identität in Brandenburg, von dessen Landesregierung man sich nicht wirklich vertreten fühlt. Von einer engen Bindung an Cottbus, wie sie 1990 noch

als sachliches Argument angeführt wurde, erfuhr ich während meiner Feldforschung nichts mehr.⁷

Die Identifizierung mit dem direkt erfahrbaren Raum wurde den Bewohnern der Kreise Herzberg, Bad Liebenwerda und Finsterwalde noch schwerer gemacht, als man ihre Kreise mit der Kreisgebietsreform von 1993 zum Elbe-Elster-Kreis zusammenschloss. Um den Sitz der Kreisstadt entspann sich ein heftiger Streit besonders zwischen Herzberg und Finsterwalde, der bis heute das Verhältnis der Städte trübt. Man entschied sich für Herzberg. Von den Finsterwaldern wurde das nicht einfach hingenommen. Sie gründeten die „Initiative Kreisstadt Finsterwalde“, weil die Meinung bestand, dass Finsterwalde aufgrund seiner Größe zwangsläufig der Kreisstadttitel zustünde. Das wurde von den Vertretern Herzbergs sehr ärgerlich aufgenommen. Ich zitiere den Kreistagspräsidenten des Kreises Herzberg: „Diese ungeheuerliche Überheblichkeit läßt mich erahnen, wie z. B. im ehemaligen Jugoslawien unter Menschen der gleichen Region Haß und gegenseitige Verachtung entstehen können.“ Es wurde immer wieder betont, dass man mit Finsterwalde auch deswegen nichts „am Hut habe“, wie mir es ein städtischer Angestellter aus Herzberg erzählte, weil es zur Niederlausitz gehört, man sich in Herzberg aber mehr nach Jessen und Wittenberg hingezogen fühlt. Die bis heute nicht überwundenen Querelen zwischen Finsterwalde und Herzberg führten dazu, dass man sich auf der Seite Herzbergs nach anderen Bündnispartnern zur Entwicklung einer Tourismus- und Wirtschaftsregion umsieht. Man gründete die Gewerbergion Elbe-Elster-Aue. Der Geschäftsführer dieses neuen Bündnisses erklärte mir: „Was früher schon mal geklappt hat, kann ja wieder funktionieren.“ Man besinnt sich auch hier auf die einstigen historischen Verbindungen zum sächsischen Kurkreis.

Die politisch erhoffte „Übersichtlichkeit im Kleinen“, die man als Mittel gegen den Transformationsstress gewähren wollte, entwickelte sich zu einer weiteren Unübersichtlichkeit. Diese Unübersichtlichkeit wird besonders im westlichen Teil des Kreises, der nicht zur Niederlausitz zählt, mit der Furcht vor einem allgemeinen Identitätsverlust in Verbindung gebracht. Dieser begann mit der Übernahme der sächsischen Provinz durch Preußen im Jahr 1815, nahm in der DDR im Bezirk Cottbus seinen Lauf und wird nun durch Transformation und Globalisierung fortgesetzt. Herr Scholl vom Kreismuseum in Bad Liebenwerda (heute Mitteldeutsches Marionettentheatermuseum)

bringt das in seiner Kritik an der Benennung des Schwimmbades in Bad Liebenwerda als „Lausitzterme Wonnemar“ zum Ausdruck: „Das ist hier nicht die Lausitz, man muß das den Leuten nur immerzu erzählen, dann glauben die den Blödsinn auch.“ Den beliebigen Festlegungen eines „Regionalmarketings“ setzt er sein Wissen um die eigentlichen historischen Verknüpfungen entgegen.⁸

Diese Unsicherheiten angesichts der regionalen Identität lassen die sehr stark ausgeprägten lokalen Identitäten besonders hervortreten. Diese wurden nun im Jahr 2000 mit der Gemeindestrukturreform vor die nächste Herausforderung gestellt. Ortschaften wurden zusammengelegt und Ortsnamen zu Straßennamen degradiert. Einige Dörfer wehrten sich vehement gegen ihre Eingemeindungen und bezogen sich auch hier in der Argumentation auf das seit Generationen Gewachsene. Ich zitiere aus einem Flugblatt der Gemeinde Schmerkendorf gegen die Eingemeindung durch Falkenberg/Elster: „Am Sonntag haben sie darüber zu entscheiden, ob die Geschichte der Gemeinde Schmerkendorf über das 750-jährige Bestehen hinaus weiter geschrieben werden kann. [...] Was unsere Vorfahren mühevoll aufgebaut und behütet haben, liegt nicht mehr im Zuständigkeitsbereich der Vertreter der Gemeinde, sondern wird von einem Stadtparlament vertreten.“ Der identitätsstiftende Gegensatz zwischen Stadt und Dorf wird durch die Eingemeindung aufgelöst. Die Schmerkendorfer mussten ihren Kampf gegen den befürchteten Identitätsverlust vor dem Landesverwaltungsgericht verloren geben.⁹

Fallbeispiel 2: Gößnitz

Gößnitz und Schmölln liegen nur sieben Kilometer voneinander entfernt, im östlichen Thüringen nahe der Landesgrenze zu Sachsen. Bestrebungen, beide Städte zusammenzulegen, bestehen schon länger. Doch die Umsetzung scheiterte 2001, 2008 und 2017. Auch beim dritten Versuch einer Eingemeindung überzeugten die Argumente der Gegner mehr Wähler und sie wurde mit 1.352 Stimmen dagegen und 740 Stimmen dafür abgelehnt: „Mit der Eingemeindung wird unser Stadtrecht und die Selbstverwaltung nie wieder nach Gößnitz zurückkommen. Heute kennen Sie zum Teil viele Stadträte noch persönlich, aber mit der Eingemeindung wird sich die Politik immer weiter von Gößnitz entfernen. Das Gößnitzer Freibad möchten alle Stadträte und viele Bürger erhalten. Glauben Sie wirklich, dass dies im Schmöllner Stadtrat dann noch so ein wichtiges Thema wäre?



Im Wappen des Landkreises Elbe-Elster steht der schwarze Löwe auf goldenem Grund für die ehemalige Zugehörigkeit weiter Gebiete dieses Kreises zur Mark Meißen, dem Kernraum sächsischer Staatlichkeit. Der rote Stier ist das Wappentier des Markgraftums Niederlausitz.

7 Stückrad 2010 (wie Anm. 1), S. 139.

8 Stückrad 2010 (wie Anm. 1), S. 140-151; Stückrad 2012 (wie Anm. 4), S. 92-93.

9 Stückrad 2010 (wie Anm. 1), S. 151-162; Stückrad 2012 (wie Anm. 4), S. 92-93.

Ortswerbung für die Stadt Gößnitz
Foto: Juliane Stückrad



10 Christine Hannemann: Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess, Berlin 2004, S. 223.

11 Juliane Stückrad: „Die Perspektive der Stadt ist ja eigentlich die Perspektive der Menschen“. Eine ethnographische Studie zur Stimmungslage in Gößnitz. Bisher unveröffentlichtes Manuskript im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2019.

[...]“ Das Freibad steht exemplarisch für Verlustängste, die mit der Gemeindegebietsreform einhergehen. Das Argumentationspapier betont weiterhin das ausgeprägte bürgerliche Engagement in Gößnitz am Beispiel des Kabarets und des „Jugendclub '91“, von dem in den 1990er Jahren viele Initiativen wie das „Open Air Gößnitz“ ausgingen. Daraus schließen die Autoren: „Dies zeigt, dass in Gößnitz viel möglich ist. Wir sollten alle gemeinsam unsere Stadt Gößnitz viel positiver sehen und Neuem offen gegenüberstehen. Vielleicht öffnen dann wieder neue Geschäfte und Investoren

interessieren sich für unsere Stadt Gößnitz. Verschenkt oder verkauft aber nicht unsere Eigenständigkeit!“

Das ist ein Aufruf zur Liebe zum Eigenen, die die Grundlage dafür bietet, auch von Außenstehenden geschätzt zu werden. Die Eingemeindungsgegner erachten die endogenen Potentiale der Stadt als stark genug, um die Probleme anzugehen. Sie fürchten durch die Eingemeindung eine Schwächung des „Stadtbürgerbewusstseins.“¹⁰ Herr F. – ein Hauptinitiator des Bürgerbegehrens – erinnerte sich, dass im Zuge der Diskussion Zweifel darüber entstanden, ob etwas ankommt bei der Bevölkerung. Dass es Geld für Zusammenschlüsse gebe, zeige seiner Meinung nach, dass eigentlich genug finanzielle Mittel da sind. „Das ist keine Politik, das ist eine Frechheit“, lautete sein Fazit diesbezüglich.

Es gab aber auch Befürworter der Fusion mit Schmölln. Der Pfarrer hält das Scheitern der Fusion für einen Fehler. Er sah darin nicht sachliche Gründe, sondern emotionale: „Schmölln ist die Stadt, an der man sich reibt, weil dort vieles gelingt.“ Herr M. sagte, der Wunsch nach Zusammenschluss käme auch daher, dass man die Entwicklung der Stadt den eigenen Leuten nicht mehr zutraut. Gegner der Eigenständigkeit blicken vor allem auf die Schwächen, die Gößnitz daran hindern, sich zu entwickeln, während die Befürworter die Stärken betonen, die von der Eingemeindung gefährdet würden. Die Vorbehalte der Letzteren zeugen von einem Mangel an Vertrauen an den guten Absichten des größeren Fusionspartners.¹¹



Freibad in Gößnitz
Foto: Juliane Stückrad

Fallbeispiel 3: Posseck im Vogtland

Posseck liegt im ehemaligen Grenzgebiet im Vogtland. Ich erfahre von dem Ort durch die Erzählung eines Ehepaares. Beide sind um die 80. Sie wohnen im Nachbardorf und erinnern sich, wie prächtig das Rittergut in Posseck war und welche schöne Feste dort stattfanden. Heute ist alles verfallen. In Posseck treffe ich auf der Straße einen Bewohner. Ich frage nach dem Gut und er zeigt mir das Gebäude. Dann erzählt er, dass die Dorfbewohner das Schloss gerne zurückkaufen würden, um es gemeinsam zu retten. Nun will der Besitzer dafür aber 500.000 Euro haben, weil er angeblich so viel investierte. Dabei würde aber erzählt, er habe es lediglich für 1 DM¹² bekommen und es nur verfallen lassen. Der Mann erklärt weiter: Das Drama begann mit der Gemeindegebietsreform. Posseck wurde ein Ortsteil von Triebel und die Verwaltung sollte in Triebel sitzen, da wollte man das Rittergut loswerden. Früher war alles drinne: Die Gemeindeverwaltung, der Frisör, ein Kino, der Jugendclub, die Gemeindegemeinschaft, eine Bibliothek. „Früher, zu DDR-Zeiten“, erinnert er sich, „war mehr los im Dorf und da lagen wir im Grenzgebiet.“¹³

Fallbeispiel 4: Dorf A. im Leipziger Land

Ein Heimatvereinsmitglied erklärt am Beispiel des Festumzugs zum Dorffest, wie schwierig es heute ist, mit der Verwaltung in der Nachbarstadt, zu deren Ortsteil man wurde, in Kontakt zu kommen. Früher war der Bürgermeister noch vor Ort, da klärte man Sachen wie die Straßensperrung beim Bier. Dann wurde man



Schloss Posseck im Vogtland, August 2018
Foto: Juliane Stückrad

mit dem Nachbardorf zusammengelegt und hatte nun in die Sprechstunde des dort sitzenden Bürgermeisters zu fahren. Heute muss ein Antrag bei der Stadtverwaltung gestellt werden. Das kostet mittlerweile Geld. Einmal fuhr er direkt nach dem Dorffest in den Urlaub und verpasste die Zahlfrist. Da musste er gleich noch Mahngebühren zahlen. „Das macht alles kein Spaß mehr!“, stellte er fest.¹⁴

Zusammenfassende Überlegungen

Unmut über Gebietsreformen verdeutlicht, dass bei der Einschätzung politischer Stim-

¹² Es handelt sich bei dieser Aussage um die Meinung des Dorfbewohners, die so wiedergegeben wurde, um das Stimmungsbild zu skizzieren. Ob diese Aussage so stimmt, wurde dabei nicht recherchiert, da es bei der Forschung nicht um die Rekonstruktion der Besitzverhältnisse, sondern um die Wahrnehmung lokaler Bedingungen geht.

¹³ Stückrad 2018 (wie Anm. 6).

¹⁴ Kathrin Mette/Dirk Mütze/Juliane Stückrad: Verantwortung, Tradition, Entfremdung. Zur Bedeutung von Kirche im ländlichen Raum. Eine ethnographische Studie in drei Dörfern im Gebiet des Regionalkirchenamtes Leipzig, Großpösna 2017, S. 51-52; zusätzlich bisher unveröffentlichtes Datenmaterial.



Fackelzug zum Dorffest im Dorf A.
Foto: Juliane Stückrad

- 15 Bernhard Streck: Fröhliche Wissenschaft Ethnologie. Eine Führung, Wuppertal 1997, S. 13; Stückrad 2010 (wie Anm. 4), S. 155.
- 16 Georg Elwert: Anthropologische Perspektiven auf Konflikt, in: Julia Eckert (Hrsg.): Anthropologie der Konflikte. Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion, Bielefeld 2004, S. 32-33, Stückrad 2010 (wie Anm. 4), S. 158.
- 17 Sebastian Blesse/Felix Rösel: Discussion Paper No. 17-049. Was bringen kommunale Gebietsreformen? Kausale Evidenz zu Hoffnungen, Risiken und alternativen Instrumenten. S. 25-26; als PDF unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp17049.pdf> (zuletzt eingesehen am 08.05.2019).
- 18 Felix Rösel: Sparen Gebietsreformen Geld? – Ein Überblick über aktuelle Studien. In: ifo Dresden berichtet 4/2016, S. 45-49, hier S. 48; als PDF unter: https://www.cesifo-group.de/DocDL/ifoDD_16-04_45-49_Roesel.pdf (zuletzt eingesehen am 08.05.2019).
- 19 Stückrad 2018 (wie Anm. 6).

mungslagen in Ostdeutschland neben der Prägung durch den Sozialismus vor allem die Erfahrungen mit der lokalen Machtlosigkeit bei der Mitgestaltung des Transformationsprozesses betrachtet werden sollten. Die Beispiele aus der jüngsten Verwaltungsgeschichte des Elbe-Elster-Kreises zeigen, wie die Hoffnungen regional engagierter Bürger enttäuscht wurden, an die von der DDR unterbrochenen historischen Kontinuitäten wieder anknüpfen zu können. Sie berichten zusätzlich vom Ringen um lokale Eigenständigkeit innerhalb regionaler Unsicherheiten.

Die Diskurse rund um Gebietsreformen betonen einerseits rational begründete, veraltungstechnische Lösungen, sind andererseits aber nicht zu trennen von Emotionen, die das Wissen von der Bedeutung lokaler Identitäten transportieren. Die „Lust an der Eigenart“¹⁵ im Wettbewerb mit den „Anderen“ kann als starkes Triebmittel für gesellschaftliches Engagement angesehen werden. Die Gegner von Eingemeindungen sehen genau diese „Eigenart“ massiv gefährdet durch die Aufgabe der Eigenständigkeit. Hinzu kommt ein Misstrauen gegen die anderen Fusionspartner, von denen man sich nicht selten übervorteilt fühlt. Dieser Mangel an Vertrauen zeigt, dass letztlich nicht Emotionen an sich konfliktauslösend wirken, sondern „angenommene oder wahrgenommene Handlungsziele“.¹⁶

Die Bürger sollen mit ihren emotionalen Bindungen an eine Region oder an ihre Kommune der vermeintlich wirtschaftlichen Vernunft folgen. Was passiert aber, wenn es keine überzeugenden wirtschaftlichen Erfolge zu verzeichnen gibt? Dass die Bedenken der Bürger nicht als rein emotional abgewertet werden sollten, sondern auf ernst zu nehmenden Erfahrungen beruhen, bestätigen auch Untersuchungen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften.¹⁷ Felix Rösel schreibt in seinem Fazit zu einer Studie des Dresdner ifo-Institutes: „Bisherige Evaluationen von Gemeinde- und Kreis-Gebietsreformen [...] konnten die vorab erhofften Einspareffekte weitgehend nicht bestätigen. [...] Neuere empirische Studien zeigen indes, dass Gebietsreformen mit substanziellen politischen Kosten einhergehen. Beispielsweise konnte nachgewiesen werden, dass Gebietsreformen zu einem Rückgang in der Zufriedenheit mit der Gemeindeverwaltung sowie zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen führen. Als Ursache für die Unzufriedenheit in fusionierten Gemeinden gelten insbesondere die zunehmende Distanz zu den politischen Entscheidungsträgern sowie die weniger ge-

naue Bedienung unterschiedlicher lokaler Präferenzen im Bereich der Gemeindesteuern und -abgaben sowie der öffentlichen Leistungen.“¹⁸ Trotz dieser Erkenntnisse gelten Eingemeindungen und Gebietszusammenschlüsse noch immer als einziger Weg, Kommunen und Landkreise effizienter zu verwalten. Doch ist zu befürchten, dass damit die Krise des Lokalen in ländlichen Räumen noch verstärkt wird, da zum allgemeinen Mangel an finanziellen Ressourcen die Konkurrenz innerhalb der Gemeinden und der Unmut über Politik und Verwaltung zusätzlich befeuert werden. Es wurde im Zuge der ethnographischen Studien sehr deutlich, dass ausgehend vom Lokalen eine Bewertung der allgemeinen politischen Verhältnisse vorgenommen wird. Viele meiner Gesprächspartner wünschen sich eine größere Wertschätzung der Bedingungen vor Ort, das heißt eine Stärkung der Kommunen in den ländlichen Räumen und damit eine bessere Unterstützung ihrer aktiven Bürger.

Ein Gesprächspartner in Gößnitz, der sich seit Jahren um das unterfinanzierte Freibad bemüht, bringt das mit diesem Satz zum Ausdruck: „Alles was den Leuten vor Ort wichtig ist, wird klein geredet, damit es nicht mehr finanziert werden muss und an anderer Stelle werden Millionen in einen Flughafen gesteckt, der nicht fertig wird.“ Und ein Mitglied des Feuerwehrvereins in Gößnitz erklärt: „Mehr Geld muss hier unten ankommen, die kleinen Gemeinden bluten aus“. „Man sollte den Kommunen mehr Geld geben, die wissen dann schon, was damit zu machen ist“, meint ein Pfarrer. „Die Politik soll aufhören, Paläste in die Mitte zu setzen, „und außen rum liegen die Slums“, fordert ein Gößnitzer Stadtrat. Er wünscht sich eine gerechtere Verteilung des Geldes an die Gemeinden. „Bei der Entschuldung der Gemeinden muss geholfen werden, damit die wieder handeln können. [...] Die Politik sollte den ländlichen Raum nicht aufgeben, die Mittel gerechter verteilen und nicht nur in Vorzeigeprojekte stecken“, wünscht der Gößnitzer Künstler und Geschäftsmann, Herr T.¹⁹

All diese Aussagen verdeutlichen: Erst die Wertschätzung lokaler Gegebenheiten kann die Grundlage dafür bilden, dass sich Bürger unbefangen auf andere Regionen und Gemeinden zubewegen können. Es gilt daher Strukturen zu entwickeln, die das Lokale und damit die Erfahrung der eigenen Handlungsmacht fördern. Dabei sind die Transformationserfahrungen der Bewohner ländlicher Räume im Gebiet der ehemaligen DDR wesentlich ernster zu nehmen und bei politischen Entscheidungen besser zu berücksichtigen.

Autorin

Dr. Juliane Stückrad
Eisenach
j